AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 25.11.2013 | Rolf Mützenich

Außenpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift!

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte“ aus sozialdemokratischer Sicht

Die Verhandlungen der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Verteidigungsminister de Maizière und Frank-Walter Steinmeier führten zu einem gemeinsamen Text, der in vielen Punkten die sozialdemokratische Handschrift trägt und nach sechs Verhandlungsrunden am 18. November erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die Grundphilosophie des in der Verhandlungsarbeitsgruppe vereinbarten Textes folgt über weite Strecken den Grundprinzipien aus dem SPD-Papier

Die Grundphilosophie des in der Verhandlungsarbeitsgruppe vereinbarten Textes folgt über weite Strecken den Grundprinzipien aus dem SPD-Papier: Verantwortung für eine gerechte Weltordnung, Vorrang für Diplomatie und zivile Krisenprävention, Schlüsselrolle der UNO für die Wahrung des Friedens, Anerkennung von Abrüstung, Rüstungskontrolle und Völkerrecht als wesentlichem Element deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, der Durchsetzung von Menschenrechten im Allgemeinen und dem Kampf gegen Hunger und Armut sowie für nachhaltige Entwicklung. Die von der Union in die Verhandlungen eingebrachte Grundphilosophie der „vernetzten Sicherheit“, bei der Sicherheit vor allem in einem engen militärpolitischen Sinne verstanden wird, wurde erfolgreich abgewehrt.

Russland, Türkei, Iran – Kooperation

statt Konfrontation

Es ist der Union nicht gelungen, sich mit ihrer Forderung nach einer Verschärfung der Politik gegenüber Russland und Iran durchzusetzen. Wir konnten statt diesem konfrontativen unseren kooperativen Politikansatz im Text verankern, z.B. in Bezug auf die Arabische Welt, die Iran-Politik, Russland (einschließlich Raketenabwehr) und Syrien.

Es ist der Union nicht gelungen, sich mit ihrer Forderung nach einer Verschärfung der Politik gegenüber Russland und Iran durchzusetzen

Ein alter Streitpunkt war die Frage nach einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die CDU/CSU hatte den Satz eingebracht „Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir ab, weil sie die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt." Jetzt haben wir einen tragbaren Kompromiss, wobei die Erwähnung von „Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts" und der Verzicht auf die von der Union propagierten „Privilegierte Partnerschaft" entscheidend sind: „Wir möchten die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen, (...) Der Verhandlungsprozess läuft mit der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel weiter. (...) Die 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende..."

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Auch dem Versuch der Union, ein traditionelles Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe in der NATO, die auch die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland mit einschließt, im Koalitionstext zu verankern, konnte entgegengetreten werden. Demgegenüber haben wir ein klares Bekenntnis zu weltweiter, atomarer Abrüstung im Text durchgesetzt. Dies betrifft auch die noch in Deutschland lagernden taktischen Atomwaffen.

Wir haben ein klares Bekenntnis zu weltweiter, atomarer Abrüstung durchgesetzt...

Allerdings haben wir nicht den Fehler der FDP begangen, uns ausschließlich auf den Abzug der ca. 20 US-amerikanischen taktischen Nuklearwaffen in Büchel zu fokussieren, sondern uns über den deutschen Tunnelblick hinaus für eine Nulllösung bei allen taktischen Nuklearwaffen ausgesprochen. Die FDP hatte 2009 vollmundige Erklärungen im

Koalitionstext verankern können – erreicht wurde politisch gar nichts. Im Gegenteil: Außenminister Westerwelle musste sich kurz nach Amtsantritt in Brüssel belehren lassen, dass man konsentierte NATO-Politik nicht per Koalitionsvertrag aushebeln kann.

Auch für den Bereich der konventionellen Abrüstung wurden neue politische Initiativen vereinbart. Hinsichtlich der Kleinwaffenexporte wurde auf unsere Initiative hin die unauslöschliche Markierung vereinbart, um deren Nachverfolgbarkeit zu ermöglichen und ggf. Sanktionen gegen die Weiterexporteure verhängen zu können. Im Text findet sich auch das Bekenntnis zur energischen Unterstützung der Umsetzung des internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT).

Rüstungsexporte

Der Entwurf von CDU/CSU verlor zu diesem Thema kein Wort. Die Praxis von Schwarz-Gelb aus vermeintlich strategischen Erwägungen auch Waffen in Krisengebiete an sogenannte „Gestaltungsmächte“ zu liefern ist von uns immer wieder scharf kritisiert worden – vor allem der deutliche Anstieg der Exportgenehmigungen in die Länder der Golfregion – allen voran nach Saudi-Arabien. Wir haben schließlich erfolgreich dafür gekämpft, dass künftige Rüstungsexportanfragen nur auf Grundlage der rot-grünen Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 beurteilt werden dürfen.

Wir konnten durchsetzen, dass Rüstungsexportentscheidungen nicht erst nach erfolgtem Auftragsabschluss der Rüstungsfirmen sondern unmittelbar nach abschließender Entscheidung des Bundessicherheitsrates dem Bundestag mitgeteilt werden müssen.

Gemäß unserem Verhandlungsziel sind diese Richtlinien nunmehr auch verbindliche Richtschnur für das Regierungshandeln. Wir konnten durchsetzen, dass Rüstungsexportentscheidungen nicht erst nach erfolgtem Auftragsabschluss der Rüstungsfirmen sondern unmittelbar nach abschließender Entscheidung des Bundessicherheitsrates dem Bundestag mitgeteilt werden müssen. Darüber hinaus werden die Rüstungsexportberichte künftig sechs Monate früher veröffentlicht und durch Zwischenberichte zum Jahresende ergänzt um größere Transparenz herzustellen. Damit bekommen der Bundestag und die Öffentlichkeit ein Instrument in die Hand, dass auch genutzt werden muss. Damit wird es künftig möglich sein, die Praxis der künftigen

Bundesregierung spürbar zu ändern.

Drohnen

Zur Erinnerung: Verteidigungsminister de Maizière wollte ursprünglich noch 2013 eine Entscheidung über den Kauf von Kampfdrohnen treffen und im CDU/CSU-Entwurf war von der Beschaffungsplanung „von unbemannten Luftfahrzeugen für Aufklärung und Kampf für die Bundeswehr“ die Rede.

Von all dem ist nichts in das Papier gelangt. Dort heißt es vielmehr eindeutig: „Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.

Das unkonditionierte Bekenntnis der Union zur Beschaffung von Aufklärungs- und Kampfdrohnen konnte somit abgewehrt werden.

Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen. Dies gilt insbesondere für neue Generationen von unbemannten Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus auch weitergehende Kampffähigkeiten haben.“ Das unkonditionierte Bekenntnis der Union zur Beschaffung von Aufklärungs- und Kampfdrohnen konnte somit abgewehrt werden.

Parlamentsbeteiligungsrechte

In der Vergangenheit haben CDU/CSU immer wieder an dem Ast der Parlamentsbeteiligungsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gesägt, zuletzt mit dem Argument die Europäisierung von Verteidigungsaufgaben erzwinge eine Art Vorratsbeschlussfassung für gemeinsame Einsätze. Der Koalitionsvertrag folgt dem ausdrücklich nicht. Damit konnte der Versuch der Union verhindert werden, den Parlamentsvorbehalt bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland aufzuweichen.

Damit konnte der Versuch

Im Ergebnis wurde der politische Wert des

der Union verhindert werden, den Parlamentsvorbehalt bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland aufzuweichen.

Parlamentsvorbehalts deutlich bestätigt und festgeschrieben. Mit Blick auf künftige Entwicklungen der militärischen Integration in Europa soll eine Kommission prüfen, wie diese mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sind und gegebenenfalls Handlungsoptionen formulieren. Der Bundestag wird danach die Ergebnisse mit Blick auf möglichen Reformbedarf bei Wahrung des konstitutiven Parlamentsrechts begutachten. Für die Perspektive einer Europäischen Armee ist die Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle eine grundlegende Bedingung. Der Aufbau einer Europäischen Armee eröffnet zudem Chancen für weitere konventionelle Abrüstung in Europa.

Auch der Versuch der Zentralisierung von sicherheitspolitischen Zuständigkeiten im Kanzleramt durch Errichtung eines sogenannten gemeinsamen Lagezentrums scheiterte. Dieser Vorschlag der Union lief auf die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats hinaus – bei gleichzeitiger Schwächung der zuständigen Ministerien.

Hinsichtlich der privaten Sicherheitsdienste konnten wir ein klares Bekenntnis gegen die Verlagerung militärischer Kernaufgaben auf private Sicherheitsdienste durchsetzen. Im Rahmen der OSZE werden wir uns für eine Berichtspflicht der Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Tätigkeiten von privaten Sicherheitsfirmen einsetzen.

Entwicklungszusammenarbeit

Nach langen Verhandlungen konnte dem interessensgeleiteten und industriefreundlichen Ansatz der Union bei der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich entgegengetreten werden. Verhindert wurde auch die Festschreibung der Mittelaufteilung zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe (Zwei-Drittel zu Ein-Drittel) sowie ein Erstzugriffsrecht der Bundeskanzlerin auf den BMZ-Haushalt im Zusammenhang mit Zusagen der Kanzlerin auf G8- bzw. G20-Gipfeln. Das Kapitel folgt nunmehr der Grundphilosophie des SPD-Ansatz: Das heißt, Hunger- und Armutsbekämpfung stehen im Vordergrund.

Das Kapitel folgt nunmehr der Grundphilosophie des SPD-Ansatz: Das heißt,

Weitere Schwerpunkte liegen auf der Durchsetzung globaler sozialer Rechte auf Nahrung, Bildung und Gesundheit. Erreichen konnten wir zudem die Festlegung auf

Hunger- und Armutsbekämpfung stehen im Vordergrund...

verbindlich anerkannte menschenrechtliche, ökologische und soziale Standards als Richtschnur für die Entwicklungszusammenarbeit. Auch im Kapitel Entwicklungspolitik konnten wir das Bekenntnis zu Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sowie der Postkonfliktregelung verankern.

Strittig bleibt bislang, wie das gemeinsam getragen 0,7%-Ziel erreicht werden kann. Die SPD fordert konkret jährlich eine Milliarde Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Punkt musste wegen der Haushaltsrelevanz offengelassen werden und soll im Verlauf der weiteren Verhandlungen geklärt werden.

Menschenrechte

Der Ansatz der Union, Menschenrechtspolitik auf der „Grundlage des christlichen Menschenbildes“ zu betreiben und die damit verbundene menschenrechtspolitische Fixierung der Union auf Fragen des Schutzes von Christen in der Welt konnte entschärft werden.

Verankert wurde stattdessen ein gemeinsames Bekenntnis zur Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte auf Grundlage des Grundgesetzes, der europäischen und internationalen Menschenrechtskonventionen sowie des humanitären Völkerrechts. Der Schutz der Religionsfreiheit gilt nun für alle Konfessionen. Verankert wurde zudem das Bekenntnis gegen Homophobie und für starke UN-Institutionen.

Zivile Krisenprävention

Der Bereich der Zivilen Krisenprävention und Konfliktregelung wird im abgestimmten Verhandlungstext nunmehr als klarer Schwerpunkt deutscher Außenpolitik benannt – nicht die vernetzte Sicherheit. Nach langen Verhandlungen ist es uns gelungen, eine Stärkung bewährter Institutionen der zivilen Krisenprävention wie dem Zentrum für internationale Friedensdienste, der Deutschen Stiftung Friedensforschung und dem Zivilen Friedensdienst als politisches Ziel zu verankern.

Es ist uns gelungen, eine Stärkung bewährter Institutionen der zivilen

In den Koalitionsgesprächen wurde auf Druck der SPD zudem festgeschrieben, dass Deutschland sich aktiv für die Fortentwicklung

Krisenprävention als politisches Ziel zu verankern.

des Völkerrechts einsetzen wird. Zum Beispiel wollen wir den präventiven Bereich der *Responsibility to Protect* weiter entwickeln.

Insgesamt hat die SPD unter Leitung von Frank-Walter Steinmeier erfolgreich verhandelt und konnte vielen ihrer inhaltlichen Positionen Geltung verschaffen.



Rolf Mützenich

Dr. Rolf Mützenich gehört seit 2002 dem Deutschen Bundestag an. Er war von 2019 bis 2025 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

5 LESERBRIEFE

Ralf Schöppner schrieb am 25.11.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist kein Leserbrief, sondern eine Anfrage.

Waren die Militärseelsorge und der LKU auch Bestandteil der Beratungen in dieser Arbeitsgruppe? Oder ist eine andere Arbeitsgruppe zuständig?

Verfolgt die SPD zukünftig Vorhaben in diesem Bereich, ähnlich dem Antrag SeelsorgePlus aus der letzten Legislaturperiode?

Vielen Dank für Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Schöppner

Olivier schrieb am 25.11.2013

Hoffentlich war das nicht alles für die Katz. Liebe (Mit)-Genossinnen und Genossen: Bei allem Verständnis für Eure Skepsis. Fragt Euch doch mal, wer vor Neuwahlen am wenigsten Angst hat...

Jens schrieb am 30.11.2013

Kuschelkurs mit Iran=Sozialdemokratische Politik???
"Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Markus
Löning, (29.11.2013):

„Die derzeitige Hinrichtungswelle in Iran macht mich

fassungslos. Seit Jahresbeginn wurden über 400 Personen hingerichtet. Auch seit dem Amtsantritt Präsident Ruhanis im August 2013 wurde die Todesstrafe ca. 200-mal vollstreckt. Dies steht im eklatanten Widerspruch zu seinen
Ankündigungen, sich für Fortschritte im Menschenrechtsbereich einsetzen zu wollen.

Mich erschüttert besonders, dass die Hinrichtungen häufig durch öffentliches Erhängen erfolgen, das zu einem qualvollen Erstickungstod führt. Mich bestürzt, dass immer noch Menschen zum Tode verurteilt werden, die zum Tatzeitpunkt minderjährig waren.

Die Bundesregierung lehnt die Todesstrafe unter allen Umständen ab. Ich appelliere daher an alle Verantwortlichen in Iran, die Vollstreckung bereits ergangener Todesurteile mit sofortiger Wirkung auszusetzen, ein entsprechendes Moratorium in Kraft zu setzen und sich damit dem
weltweiten Trend zur Abschaffung der Todesstrafe anzuschließen."
Hintergrund:
Seit Anfang des Jahres wurden nach dem Auswärtigen

Amt vorliegenden Informationen bereits über 400 Personen hingerichtet (zum Vergleich: 2012 ca. 370). Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen.

Xanthe Hall schrieb am 02.12.2013

Der Koalitionsvertrag im abbrüstungs- und rüstungspolitischen Bereich bleibt nicht nur hinter den Forderungen und Aussagen zurück, die von der SPD als Oppositionspartei formuliert worden waren, sondern stellt sogar einen Rückschritt im Vergleich zum Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition dar.

Die Forderung nach dem Abzug der NATO-Atomwaffen aus Deutschland ist im Gegensatz zu 2009 nicht mehr enthalten. Demgegenüber macht die schwarz-rote Koalition den Abzug der Atomwaffen nun von „erfolgreichen“ amerikanisch-russischen Abrüstungsgesprächen abhängig. Was „erfolgreich“ ist, wird in dem Satz erklärt, in dem von einer „verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich“ die Rede ist.

Diese Formulierung fällt weit hinter den

Bundestagsbeschluss von 2010 zurück, in dem die Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP gemeinsam von der Bundesregierung gefordert haben, sich in der NATO und gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. CDU, CSU und SPD schieben den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland also auf die lange Bank.

Die NATO ist da sogar schon einen Schritt weiter: Ivo Daalder, US-Botschafter bei der NATO, hatte im November 2013 vor dem Atlantikrat der Logik widersprochen, dass erst erfolgreiche Abrüstungsgespräche mit Russland die Voraussetzung für den Abzug der Atomwaffen aus Europa schaffen würden. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Bei der Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland wollen wir die berechtigten Interessen unserer gemeinsamen Nachbarn berücksichtigen." Mit anderen Worten werden uns bei Abrüstungsfragen die Interessen der osteuropäischen NATO-Mitglieder leiten, die sich klar gegen den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa ausgesprochen haben.

Ein selbstbewusster deutscher Beitrag zu mehr

Abrüstung ist da nicht mehr zu erkennen. Der Wunsch der Deutschen, in einem atomwaffenfreien Land leben zu wollen, findet bei Schwarz-Rot keine Berücksichtigung mehr.

Fornfeist schrieb am 16.09.2014

Ich vermisse das Erwähnen der Unterstützung beim Aufbau von Wirtschaftsstrukturen, die rechtlichen Entwicklungen erst die Grundlage schaffen. Genau das ist z. B. im Fall Ukraine seit der orangenen Zeit nicht geschehen, geschieht nicht in Afrika, wo allerdings Chinesische Firmen zur Verarbeitung von Rohstoffen und Produktion von Marktprodukten von Ihrer Regierung gestützt werden. Das "Aus dem Land Tragen" von Rohstoffen und Abwerben von auch im Ausland ausgebildeten Fachkräften ist nachimperialistische Politik auch der EU-Mitgliedsstaaten.
